

Die Verteilung der Insolvenzmasse

- Schlussverteilung -

von Rechtswirtin (FSH) Claudia Radschuwait (com.), Schwarztal

In Heft 2/2024 der **InsA** haben Sie einen ersten Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten erhalten, verteilbare Masse an die Insolvenzgläubiger auszuschütten.¹ Neben einer im Verlauf des Verfahrens stattfindenden Abschlagsverteilung kann den Gläubigern durch die Schlussverteilung oder auch eine Nachtragsverteilung der sich im Verhältnis zur Forderung des Gläubigers ergebende quotale Anteil ausgezahlt werden. Weitere Verteilungen können durch den in der Wohlverhaltensphase bestellte Treuhänder erfolgen. Auch eine Ausschüttung im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens ist möglich.

In diesem Beitrag soll die wohl geläufigste Art der Quotenausschüttung, **die Schlussverteilung**, näher beleuchtet werden und Ihnen eine Arbeitshilfe für Ihre tägliche Arbeit an die Hand gegeben werden.

Schluss(verteilungs)verzeichnis

Grundlage für die Schlussverteilung bildet das „Schluss(verteilungs)verzeichnis“.

Die Insolvenzordnung verwendet keine einheitlichen Begriffe. So spricht § 188 InsO beispielsweise von der Niederlegung eines „Verteilungsverzeichnisses“. Nach § 197 Abs. 1 Nr. 2 InsO können Gläubiger jedoch Einwendungen gegen ein „Schlussverzeichnis erheben“. Über Abs. 3 des § 197 InsO erfolgt sodann wieder der Verweis auf § 194 Abs. 2 und 3 InsO – „Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis“.

Eine Begriffserläuterung oder Definition der Unterscheidung findet sich in der Insolvenzordnung nicht. Zudem bieten die gängigen Softwarelösungen eine Vielzahl von Möglichkeiten, entsprechende Verzeichnisse zu erstellen. Hier spielen natürlich auch die gerichtlichen Anforderungen eine Rolle.

In der Praxis werden die beiden Begriffe zumeist in folgendem Kontext verwandt und sind daher auch im weiteren Beitrag so zu verstehen:

Schlussverzeichnis:

Abschluss der Insolvenztabelle und Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen bei einer Verteilung, jedoch ohne Ausweis eines konkreten Auszahlungsbetrages und einer Quote

Verteilungsverzeichnis:

Übersicht über die bei der Verteilung zu berücksichtigenden Gläubiger einschließlich Höhe der Quote und entfallende Anteile je Gläubiger

Erstellung des Schlussverzeichnisses

Vor Erstellung eines Schlussverzeichnisses ist die Insolvenztabelle nochmals intensiv zu prüfen, hierbei ist zu beachten, dass Insolvenztabelle und Schlussverzeichnis nicht zwingend übereinstimmen müssen bzw. können.

Im Schlussverzeichnis werden neben den festgestellten Forderungen u. U. auch **bestrittene** Forderungen aufgenommen. Wurden titulierte Forderungen² vom Insolvenzverwalter oder einem Gläubiger bestritten, nehmen diese gem. § 189 Abs. 1 InsO ebenfalls an der Verteilung teil. Wird hingegen eine **nicht** titulierte Forderung bestritten, muss seitens des Gläubigers die Erhebung einer Feststellungsklage nachgewiesen sein, um eine



Rechtswirtin (FSH) Claudia Radschuwait ist im Bereich Insolvenzdienstleistungen bei der Firma Siegfried Solutions in Eppelsheim beschäftigt. Sie ist seit 1997 als Insolvenzsachbearbeiterin tätig.

¹ „Die Verteilung der Insolvenzmasse“, InsA 2024, S. 46

² Titulierte Forderungen: Das Original des Titels = Vollstreckbare Ausfertigung lag spätestens im Prüfungstermin vor - RG, Urteil v.

15.9.1914 – Rep. III. 84/14, rgz.staatsbibliothek-berlin.de; InsbÜO 6/2016, S. 244

Berücksichtigung der Forderung im Verteilungsverzeichnis herbeizuführen.

Die Forderungen von **absonderungsberechtigten** Gläubigern nehmen an einer Verteilung teil, wenn der Ausfall gem. § 190 InsO vom Gläubiger beziffert wurde, der Ausfall vom Insolvenzverwalter selbst berechnet werden kann oder die Forderung zwar für den Ausfall festgestellt wurde, jedoch kein Absonderungsrecht besteht.¹

Hinsichtlich der in der Insolvenztabelle **aufschiebend bedingt** festgestellten Forderungen muss seitens des Insolvenzverwalters prognostiziert werden, ob der Bedingungseintritt noch möglich ist. Nur nach Eintritt der zugrundeliegenden Bedingung besteht die Forderung. Ist der Bedingungseintritt nicht absolut unwahrscheinlich oder schon nicht mehr möglich, muss die Forderung im Schlussverzeichnis berücksichtigt werden. Die Quote wird jedoch nicht direkt an den Gläubiger ausgezahlt, sondern bis zur Gewissheit über den möglichen Eintritt der Bedingung zurückbehalten.

Auflösend bedingte Forderungen werden wie festgestellt Forderungen im Schlussverzeichnis berücksichtigt (§ 42 InsO). Nur dann, wenn der Bedingungseintritt für den Wegfall der Forderung bekannt wird, entfällt die Forderung und kann im Rahmen einer Verteilung nicht berücksichtigt werden.

Erfolgt im Verlauf des Verfahrens bereits eine Abschlagsverteilung, müssen mit Schlussverteilung die Gläubiger gem. § 192 InsO durch sogenannte Aufholbeträge (vorab) gleichgestellt werden. D. h., alle Gläubiger erhalten in der Summe der Verteilungen die gleiche Quote, sofern die restliche Insolvenzmasse dazu ausreicht.

Auch angemeldete **nachrangige** Forderungen müssen im Schlussverzeichnis berücksichtigt werden, wenn zur Anmeldung der Forderungen gem. § 39 InsO aufgefordert wurde.

Niederlegung des Verteilungsverzeichnisses und Veröffentlichung

Die in § 196 InsO geregelte Schlussverteilung bedarf der Zustimmung des Insolvenzgerichts.

Das Schlussverzeichnis wird daher zusammen mit dem Schlussbericht sowie aller weiterer relevanter

Unterlagen für die Verfahrensabschluss beim Insolvenzgericht eingereicht. Das Verteilungsverzeichnis wird auf der Geschäftsstelle niedergelegt (§ 188 Satz 2 InsO).

Die Niederlegung zur Einsicht der Verfahrensbeteiligten erfolgt ausschließlich auf der Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts.

Auch die am 17.7.2024 in Kraft getretene Änderung des § 5 Abs. 5 InsO ändert hieran nichts. Das Verteilungsverzeichnis ist den Gläubiger **nicht** über das Gläubigerinformationssystem zugänglich zu machen. Die Begründung² weist bezüglich der im GIS zu veröffentlichenden Dokumente auf folgendes hin: „Die in der Vorschrift genannten Berichte des Insolvenzverwalters an das Insolvenzgericht umfassen insbesondere die Berichte nach § 156 InsO, Sachstands- und Zwischenberichte, Vermögensübersichten und das Verzeichnis der Massegegenstände sowie der Schlussbericht im Sinne des § 66 InsO. **Verzeichnisse, welche regelmäßig eine Vielzahl personenbezogener Daten verschiedener Gläubiger enthalten und dem Gericht lediglich zum Zweck der Niederlegung auf der Geschäftsstelle zugeleitet werden, gehören nicht zu den Berichten im Sinne der Vorschrift.**“

Durch das Insolvenzgericht erfolgt – nach Prüfung der Schlussunterlagen – bei der Zustimmung zur Schlussverteilung die Bestimmung des Schlusstermins bzw. einer abschließenden Gläubigerversammlung gem. § 197 Abs. 1 InsO. Der Termin dient zur Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Entscheidung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Gegenstände der Insolvenzmasse.

Zwischen der öffentlichen Bekanntmachung des Termins unter *insolvenzbekanntmachungen.de* und dem Termin selbst soll eine Frist von mindestens einem Monat und höchstens zwei Monaten liegen (§ 197 Abs. 2 InsO).

Die Zustimmung zur Schlussverteilung erteilt das Gericht bereits in dem Beschluss über die Bestimmung der abschließenden Gläubigerversammlung. Bis zur tatsächlichen Ausschüttung der

¹ BGH, 22.10.2009, IX ZB 49/09, Rn 15, 17

² Regierungsentwurf des Gesetzes zur weiteren Digitalisierung der Justiz, Drucksache 20/10943

Quote an die Gläubiger, welche erst nach dem Schlusstermin erfolgt, vergeht also noch einige Zeit.

Neben der Bestimmung des Schlusstermins wird die beabsichtigte Schlussverteilung durch das Insolvenzgericht gesondert im Internet veröffentlicht¹.

Grundlage für diese Veröffentlichung ist zumeist eine Textvorlage des Insolvenzverwalters, welche neben dem zur Verteilung zur Verfügung stehenden Betrag die Summe, der bei einer Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen enthalten muss (§ 188 S. 3 InsO). Auf welchem Weg die Textvorlage dem Gericht übersandt wird, hängt von den jeweiligen gerichtlichen Anforderungen ab. Manche Gerichte entnehmen die entsprechenden Daten eigenständig dem Schlussbericht und erstellen den Veröffentlichungstext. Andere Gerichte erwarten eine Übersendung per E-Mail oder als Anlage zum Schlussbericht.

Diese Veröffentlichung setzt eine wichtige Ausschlussfrist für die Insolvenzgläubiger in Gang. Auch für Sie als Sachbearbeiter/Tabellensachbearbeiter beginnt mit der Veröffentlichung gem. § 188 InsO eine kritische und risikobehaftete Zeit. Das Notieren und Überwachen der entsprechenden Fristen ist daher unbedingt notwendig.

Termine/Fristen und deren Berechnung

Folgende Termine/Fristen und deren Berechnung müssen Sie kennen und beachten:

| | |
|---|--|
| Veröffentlichung | Datum der im Internet erfolgen Veröffentlichung Achtung: Das beim Öffnen im Veröffentlichungstext ersichtliche Datum weicht gelegentlich vom Datum der Veröffentlichung im Internet ab. Wichtig für Sie: Datum der Einstellung der Veröffentlichung. ² |
| Wirksamwerden der Veröffentlichung | Gem. § 9 Abs. 1 Satz 3 InsO wird die Veröffentlichung erst nach Ablauf von zwei weiteren Tagen wirksam. Der zweite Tag muss ein Werktag sein, sonst verlängert sich die Frist entsprechend. ³ |
| Beginn der 2-Wochen-Ausschluss-Frist | Mit Wirksamwerden der Veröffentlichung beginnt die zweiwöchige Ausschlussfrist gem. §§ 189 Abs. 1, 190 Abs. 1 InsO. |
| Ablauf der Ausschlussfrist | Nach Ablauf von 2 Wochen endet die Ausschlussfrist. Auch dieses Datum muss ein Werktag sein. Andernfalls verlängert sich auch diese Frist bis zum nächsten Werktag. |
| Änderung des Verteilungsverzeichnisses | Gem. § 193 InsO muss das Schlussverzeichnis innerhalb von 3 Tage nach Ablauf der Ausschlussfrist durch den Insolvenzverwalter geändert werden. |

Änderung des Verteilungsverzeichnisses

Besonders kritisch und risikobehaftete ist die zweiwöchige Ausschlussfrist, da in diesem Zeitraum eingehende Tabellenpost möglichst taggleich geprüft und ggf. bearbeitet werden muss. Jeder Posteingang



AGV Seminar

**Schlau schlussgerechnet –
Absonderungsrechte,
Betriebsfortführung und Co.**
Besonderheiten bei der
Schlussrechnungslegung
am 7.3.2025
mit Sylvia Wipperfürth

¹ BGH v. 7.2.2013 - IX ZR 145/12

² Datum der Einstellung der Veröffentlichung =
Veröffentlichungsdatum in der Ergebnisliste der Suche

³ § 4 InsO, § 222 Abs. 2 ZPO; BGH, 14.11.2013, IX ZB 101/11

kann zur Änderung des Verteilungsverzeichnisses führen.

Eingang von Nachmeldungen innerhalb der 2 Wochen

Gehen nach **Wirksamwerden** der Veröffentlichung noch Forderungsanmeldungen ein, können diese nicht mehr in das Verteilungsverzeichnis aufgenommen werden. Eine Aufnahme in die Insolvenztabelle ist jedoch noch möglich und eventuell auch im Interesse des Gläubigers, da nur eine angemeldete Forderung ihm ein Antragsrecht im Insolvenzverfahren ermöglicht – beispielsweise zur Stellung eines Antrages auf Versagung der Restschuldbefreiung. Sie sollten daher möglichst schnell mit dem Gläubiger abstimmen, ob eine nachträgliche Prüfung der Forderung auch dann gewünscht ist, wenn eine Aufnahme in Verteilungsverzeichnis nicht mehr möglich ist. Ebenso zügig müssen entsprechende Nachmeldungen dem Insolvenzgericht zur Bestimmung eines nachträglichen Prüfungstermins (ggf. zusammen mit dem Schlusstermin) übersandt werden. Auch hier haben die Insolvenzgerichte sehr unterschiedliche Anforderungen. Stimmen Sie sich ggf. vorab mit dem zuständigen Gericht ab.

Eingang von weiteren Nachweisen zu bestrittenen Forderungen innerhalb der 2 Wochen (§ 189 InsO)

§ 189 InsO – Berücksichtigung bestrittener Forderungen

(1) Ein Insolvenzgläubiger, dessen Forderung nicht festgestellt ist und für dessen Forderung ein vollstreckbarer Titel oder ein Endurteil nicht vorliegt, hat spätestens innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung dem Insolvenzverwalter nachzuweisen, daß und für welchen Betrag die Feststellungsklage erhoben oder das Verfahren in dem früher anhängigen Rechtsstreit aufgenommen ist.

(2) Wird der Nachweis rechtzeitig geführt, so wird der auf die Forderung entfallende Anteil bei der Verteilung zurückbehalten, solange der Rechtsstreit anhängig ist.

(3) Wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird die Forderung bei der Verteilung nicht berücksichtigt.

Gläubiger bestrittener (nicht titulierter) Forderungen haben die Möglichkeit, innerhalb der Frist noch den Nachweis der Erhebung der Feststellungsklage zu erbringen. Ob eine reine Nachreichung von Belegen und anspruchsbegründenden Unterlagen zu diesem Zeitpunkt noch ausreichend ist, ist in streitig.¹ Stimmen Sie sich ggf. auch hier mit dem zuständigen Insolvenzgericht ab und erfragen Sie dessen Auffassung.

Eingang von Ausfallmitteilungen innerhalb der 2 Wochen (§ 190 InsO)

§ 190 InsO – Berücksichtigung

absonderungsberechtigter Forderungen

(1) Ein Gläubiger, der zur abgesonderten Befriedigung berechtigt ist, hat spätestens innerhalb der in § 189 Abs. 1 vorgesehenen Ausschlussfrist dem Insolvenzverwalter nachzuweisen, daß und für welchen Betrag er auf abgesonderte Befriedigung verzichtet hat oder bei ihr ausgefallen ist. Wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird die Forderung bei der Verteilung nicht berücksichtigt.

...

Noch eingehende Ausfallmitteilungen oder Verzichte auf Absonderungsrechte müssen unbedingt berücksichtigt werden und führen zu einer Änderung des Schlussverzeichnisses.

Werden solche Posteingänge übersehen und die für den Ausfall festgestellte Forderung des Gläubigers wird hierdurch nicht bei einer Verteilung berücksichtigt, führt dies u. U. zu einer Haftung des Insolvenzverwalters für den dem Gläubiger entstandenen Quotenschaden.

Für aufschiebend bedingt festgestellte Forderungen sieht die Insolvenzordnung keine gesonderte Regelung vor. Die hier genannten Grundsätze können auf diese Forderungen jedoch ebenso angewandt werden. Tritt innerhalb der Ausschlussfrist die zugrundeliegende Bedingung ein, führt dies zu einer Berücksichtigung der Forderung und Änderung des Verteilungsverzeichnisses, sofern die Forderung zuvor nicht in das Schlussverzeichnis aufgenommen wurde. Ist die Forderung im Schlussverzeichnis enthalten, führt der Bedingungseintritt lediglich dazu,

¹ führt nicht mehr zur Aufnahme LG Krefeld, 9.2.2011, 7 T 23/11, a.A. AG Göttingen, 9.9.2009 - 74 IK 34/07

dass die Quote für den Gläubiger nicht zurückbehalten, sondern an diesen ausgezahlt wird.

Soweit notwendig, ist das Verteilungsverzeichnis gem. § 193 InsO binnen **drei Tage** nach Ablauf der in den §§ 189 bis 192 InsO genannten Frist (2-Wochen-Frist) zu ändern. Eine Übersendung des geänderten Schlussverzeichnisses möglichst innerhalb dieser Frist bzw. unverzüglich nach Änderung an das Insolvenzgericht ist nicht ausdrücklich in der Insolvenzordnung geregelt, aber durchaus üblich. Einige Insolvenzgerichte erwarten eine Negativmitteilung, soweit keine Änderungen erfolgt sind.

Das geänderte Schlussverzeichnis wird erneut auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Gläubiger niedergelegt. Eine erneute Veröffentlichung erfolgt jedoch nicht. Es werden keine neuen Fristen in Gang gesetzt.

Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis

Die Insolvenzordnung sieht für Gläubiger die Möglichkeit vor, Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis zu erheben. Eine entsprechende Einwendung muss gem. § 197 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 InsO gegenüber dem Insolvenzgericht **im Schlusstermin** oder **bis zum Stichtag im schriftlichen Verfahren** erhoben werden. Gründe für Einwendungen können z. B. die Nichtaufnahme der eigenen Forderung, die unberechtigte Aufnahme anderer Gläubiger oder die nicht erfolgte Gleichstellung wegen früherer Abschlagsverteilungen sein.

Beispiel: Sie lehnen die nachträgliche Feststellung einer bestrittenen Forderung ab, da die Nachweise erst nach Wirksamwerden der Veröffentlichung bei Ihnen eingegangen sind. Für den Gläubiger besteht noch die Möglichkeit, gegenüber dem Gericht Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis zu erheben, da seine Forderung nicht berücksichtigt wird.

Das Insolvenzgericht entscheidet durch Beschluss, § 194 Abs. 2 und 3 InsO. Der Beschluss, durch den die Einwendungen zurückgewiesen werden, wird an den Gläubiger und den Insolvenzverwalter zugestellt. Wird der Einwand des Gläubigers zurückgewiesen, bleibt hinsichtlich des Verteilungsverzeichnisses alles beim Alten, sofern der Beschluss rechtskräftig wird. Der Gläubiger, der Einwendungen erhoben hat, könnte gegen den Beschluss die sofortige Beschwerde einlegen.

Wird dem Einwand stattgegeben, wird die Änderung des Verteilungsverzeichnisses durch Beschluss des Insolvenzgerichts angeordnet. Dieser Beschluss wird auf der Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts niedergelegt. Eine Verteilung darf erst nach Bestätigung der Rechtskraft des Beschlusses durch das Gericht erfolgen. Gegen den Beschluss können sowohl der Verwalter als auch die Insolvenzgläubiger die sofortige Beschwerde einlegen. Da die Beschwerdefrist mit dem Tag, an dem die Entscheidung niedergelegt worden ist, beginnt, gibt es Gerichte, die die Niederlegung des Beschlusses unter

insolvenzbekanntmachungen.de veröffentlichen.

Vornahme der Schlussverteilung

Sind alle Termine und Fristen abgelaufen und auch der Schlusstermin hat stattgefunden, sollten Sie noch das Protokoll des Schlusstermins abwarten, aus welchem Sie ggf. erhobene Einwendungen von Gläubigern entnehmen können, bevor eine tatsächliche Ausschüttung an die Insolvenzgläubiger erfolgen kann.

Die Ausschüttung der Quote an die Insolvenzgläubiger ist dann schon fast nur noch ein technischer Vorgang zur Erstellung der entsprechenden Zahldatei. Folgende Besonderheiten



WIR BIETEN IHNEN DAS KOMPLETT-PAKET VON DER BEWERTUNG BIS ZUR VERMARKTUNG.

Ob Anlagenverkauf, Fortführungslösung, Unternehmensnachfolge oder Insolvenz: Bei der Bewertung und Verwertung von Sachanlagen, Maschinen und Immobilien bieten wir Ihnen ganzheitliche Lösungen. Mit unserer Unterstützung setzen Sie Ihr Vorhaben professionell, transparent und bestmöglich um.

Vertrauen Sie auf unsere über 25-jährige Erfahrung.

WEIL WIR MEHR KÖNNEN ALS INDUSTRIEAUKTIONEN!

PLESER
Weil wir mehr können als Industrieauktionen!

T +49 375 60 69 60
E info@pleser.de
www.pleser.de

seien an dieser Stelle jedoch kurz erwähnt, um den Umfang des Beitrages in Grenzen zu halten:

Vor Ausschüttung der Quote muss geprüft werden, ob Arbeitnehmerforderungen und/oder Forderungen aus Bauleistungen zu berücksichtigen sind. Hinsichtlich der Arbeitnehmerforderungen müssen u.U. Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge berechnet und abgeführt werden. Bei Bauleistungen ist ggf. eine sogenannte Bauabzugssteuer zu berücksichtigen bzw. zu prüfen, ob Freigrenzen bestehen oder eine Freistellungsbescheinigung des Gläubigers vorliegt.

Zudem sollte geprüft werden, ob eine Vorsteuererstattung aus der zu zahlenden Quote aufgrund einer Vorsteuerkorrektur¹ zur Insolvenzmasse gezogen werden kann.

Eine Anfrage zur Aktualität der Bankverbindung bei den Gläubigern kann – gerade in schon länger andauernden Verfahren vor Vornahme der Auszahlung – sinnvoll sein.

Spätestens, wenn ausgezahlte Beträge auf das Insolvenzsonderkonto zurückgebucht werden, wird die Recherche einer aktuellen Bankverbindung notwendig. Können Gläubiger nicht mehr ermittelt werden, bleibt nur die Hinterlegung der Quote bei der zuständigen Hinterlegungsstelle. Lesen Sie hierzu auch den Beitrag „Wie werde ich das Geld nur los? – Die Hinterlegung von Quotenzahlungen“.²

Nachweis der Verteilung

Nach erfolgter Auszahlung der Quote erwartet das Insolvenzgericht die Übersendung eines Nachweises und eine fortgeführte Rechnungslegung hinsichtlich der erfolgten Einnahmen und Ausgaben im Anschluss an die Schlussrechnung bis hin zur „Nullstellung“ des Sonderkontos.

In diesem Zusammenhang wird oftmals auch der Begriff „Ausschüttungsverzeichnis“ genutzt, welcher nicht gesetzlich geregelt ist, aber im Wesentlichen die ausgeführte Ausschüttung an die Gläubiger darstellt.³

Erst nach Eingang dieses Verteilungsnachweises oder Ausschüttungsberichts erfolgt die Aufhebung des

Verfahrens gem. § 200 InsO durch Beschluss des Insolvenzgerichts.

Die Arbeitshilfe auf der nächsten Seite soll Sie bei einer strukturierten Bearbeitung unterstützen.

Vorträge mit Claudia Radschuwait:

Update GIS-Pflicht & elektronische Anmeldungen

am 17.1.2025, online bei AGV Seminare

AGV Lehrgang: Geprüfte(r) Sachbearbeiter(in) Insolvenztabelle

21. bis 23.5.2024, in Berlin bei AGV Seminare



jährlich Ausschüttungen vorgenommen werden. Ein Ausschüttungsverzeichnis kann die an die Gläubiger geflossenen Zahlungen über alle Ausschüttungen insgesamt darstellen.

¹ vgl. § 17 UStG

² InsA 2024, S. 29

³ Ein sog. „Ausschüttungsverzeichnis“ findet auch dann Anwendung, wenn z. B. im Rahmen der Wohlverhaltensphase

Arbeitshilfe: Vornahme der Schlussverteilung

| | | |
|-----|--|--------------------------|
| 1. | Erstellung/Prüfung Schlussverzeichnis | <input type="checkbox"/> |
| | Im Schlussverzeichnis werden folgende Forderungen berücksichtigt: | |
| 1.1 | <p>Festgestellte Forderungen Festgestellte Forderungen werden auch dann in das Schlussverzeichnis aufgenommen, wenn der Schuldner die Forderung bestritten hat. (§ 178 Abs. 1 Satz 2 InsO)</p> <p>Ausnahme: Eigenverwaltung Der Widerspruch der eigenverwaltenden Schuldnerin hat den gleichen Stellenwert, wie der Widerspruch des Verwalters oder der Gläubiger, so dass die Forderungen nicht in das Schlussverzeichnis aufgenommen werden, § 283 Abs. 1 S. 2 InsO.</p> | |
| 1.2 | <p>Forderungen absonderungsberechtigter Gläubiger (§ 190 InsO), wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Ausfall vom Gläubiger nachgewiesen ist oder er auf sein Sicherungsrecht ausdrücklich verzichtet hat. Die Forderung wurde dann i. d. R. mit dem verbleibenden Ausfall in der Tabelle uneingeschränkt festgestellt. - Der Verwalter den Ausfall selbst berechnen kann. Dies führt nicht automatisch zu einer Tabellenberichtigung, sondern lediglich zu Berücksichtigung des Ausfalls im Verteilungsverzeichnis. - Die Forderung für den Ausfall festgestellt wurde, obwohl kein Absonderungsrecht bestand.¹ Auch hier ist eine Berichtigung der Insolvenztabelle nicht notwendig, eine Berücksichtigung der Forderung im Rahmen der Verteilung jedoch trotzdem. <p>-</p> | |
| 1.3 | <p>Bestrittene titulierte Forderungen (§ 189 InsO) Sofern die vollstreckbare Ausfertigung des Titels im Original im Prüfungstermin vorgelegen hat, sind titulierte vom Insolvenzverwalter bestrittene Forderungen in das Schlussverzeichnis aufzunehmen.</p> | |
| 1.4 | <p>Bestrittene, nicht titulierte Forderungen Wurden nicht titulierte Forderungen bestritten, sind diese ebenfalls in das Schlussverzeichnis aufzunehmen, wenn seitens des Gläubigers eine Feststellungsklage erhoben wurde oder ein Feststellungsbescheid ergangen ist.</p> | |
| 1.5 | <p>Aufschiebend bedingte Forderungen Eine aufschiebend bedingt in der Tabelle festgestellte Forderung ist gem. § 191 InsO dann in das Schlussverzeichnis aufzunehmen, wenn der Bedingungseintritt – durch den die Forderung entsteht – nicht unwahrscheinlich ist.</p> | |
| 1.6 | <p>Auflösend bedingte Forderungen Eine auflösend bedingt in der Tabelle festgestellte Forderung ist in das Schlussverzeichnis aufnehmen, solange der Bedingungseintritt – und damit der Wegfall der Forderung – nicht eingetreten ist (§ 42 InsO).</p> | |

| | | |
|-----------|---|--------------------------|
| 1.7 | Gleichzustellende Forderungen Fand bereits eine Abschlagsverteilung im Verfahren statt, sind ggf. unberücksichtigte Gläubiger nunmehr im Rahmen der Schlussverteilung gleichzustellen, § 192 InsO. Die Gläubiger erhalten entsprechende „Aufholbeträge“, welche im Schlussverzeichnis ebenfalls Berücksichtigung finden. | |
| 1.8 | Nachrangige Forderungen Wurden nachrangige Forderungen gem. § 39 InsO im Verfahren zugelassen und angemeldet, sind auch diese im Schlussverzeichnis nach den vorgenannten Grundsätzen zu berücksichtigen. | |
| 2. | Niederlegung des Schlussverzeichnisses | <input type="checkbox"/> |
| | Das Schlussverzeichnis wird erstellt und zunächst mit dem Schlussbericht dem Insolvenzgericht zur Niederlegung übersandt. Ergeben sich bis zur Terminierung des Schlusstermins und der Veröffentlichung gem. § 188 InsO noch Änderungen, muss das Schlussverzeichnis ggf. nochmals aktualisiert und übersandt werden. | |
| 3. | Veröffentlichung § 188 InsO | <input type="checkbox"/> |
| | Das Insolvenzgericht Veröffentlicht gem. § 188 InsO die Summe der Forderungen und den für die Verteilung verfügbaren Betrag unter www.insolvenzbekanntmachungen.de . Der Veröffentlichungstext muss – je nach Anforderungen des Gerichts – als Mustertext dem Insolvenzgericht zur Verfügung gestellt werden. | |
| 4. | Fristen notieren | <input type="checkbox"/> |
| | Fordert das Insolvenzgericht zur Einreichung eines Veröffentlichungstextes auf, ist bereits diese Frist zu vermerken, um rechtzeitig entsprechende Information an das Insolvenzgericht zu übersenden. Die anschließend erfolgte Veröffentlichung in den Insolvenzbekanntmachungen sollte überwacht werden. Folgende Fristen sollten sodann erfasst und berücksichtigt werden: <ul style="list-style-type: none"> • Datum der Veröffentlichung (Wirksamwerden – nach Ablauf von 2 weiteren Werktagen nach Veröffentlichung = Veröffentlichungsdatum in der Ergebnisliste der Suche) • Ablauf der Ausschlussfrist - Wirksamwerden der Veröffentlichung + 2 Wochen • Änderung des Verteilungsverzeichnisses – 3 Tage nach Ende der 2-Wochenfrist Die jeweiligen Fristenden müssen Werktage sein, da sich sonst die Frist gem. § 4 InsO, § 222 Abs. 2 ZPO auf den nächsten Werktag verlängert. | |

| | | |
|-----------|---|--------------------------|
| 5. | Änderung des Verteilungsverzeichnisses | <input type="checkbox"/> |
| 5.1 | Umgang mit Nachmeldungen <ul style="list-style-type: none"> - Nachmeldungen, welche nach Wirksamwerden der Veröffentlichung eingehen, dürfen nicht mehr im Verteilungsverzeichnis aufgenommen werden! - Mit dem Gläubiger muss schnellstmöglich abgestimmt werden, ob dennoch eine nachträgliche Prüfung der Forderung gewünscht ist. - Das Insolvenzgericht muss schnellstmöglich über die vorliegende Nachmeldung informiert werden und ein nachträglicher Prüfungstermin beantragt werden. | |
| 5.2 | Umgang mit nachgereichten Nachweisen (bestrittene Forderungen) <ul style="list-style-type: none"> - § 189 InsO regelt die Berücksichtigung bestrittener Forderungen - Nachweis der Erhebung einer Feststellungsklage – führt zur Aufnahme in das Verteilungsverzeichnis - Nachreichung von Nachweisen ausreichend? – streitig – ggf. Abstimmung mit dem Insolvenzgericht notwendig <ul style="list-style-type: none"> o Auffassung „nein“ – Berücksichtigung und Berichtigung der Tabelle noch möglich, aber keine Aufnahme in das Verteilungsverzeichnis o Auffassung „ja“ – Berichtigung und Änderung des Verteilungsverzeichnisses notwendig | |
| 5.3 | Umgang mit Ausfallmitteilungen <ul style="list-style-type: none"> - § 190 InsO regelt die Berücksichtigung von Forderungen absonderungsberechtigter Gläubiger - Ausfallmitteilungen und/oder Verzicht auf Absonderungsrechte müssen unbedingt berücksichtigt werden und führen zu einer notwendigen Änderung des Verteilungsverzeichnisses | |
| 5.4 | Niederlegung geändertes Verteilungsverzeichnis <ul style="list-style-type: none"> - § 193 InsO – regelt die Änderung des Verteilungsverzeichnisses - Frist: binnen 3 Tage nach Ablauf der 2-Wochenfristen gem. §§ 189 bis 192 InsO - Niederlegung eines geänderten Verteilungsverzeichnisses - Übersendung einer Negativmitteilung, wenn keine Änderungen erfolgt sind – soweit das Gericht dies wünscht | |
| 6. | Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis | <input type="checkbox"/> |
| 6.1 | <p>Wurden durch einen Gläubiger Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis gem. § 197 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 InsO erhoben?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeit für Gläubiger im Schlusstermin oder bis zum Stichtag im schriftlichen Verfahren - Gründe: z. B. Nichtaufnahme der eigenen Forderung, unberechtigte Aufnahme eines anderen Gläubigers, nicht erfolgte Gleichstellung nach Abschlagsverteilungen - Entscheidung über die Einwendung durch Beschluss des Insolvenzgerichts - Einwand stattgegeben: (nochmalige) Änderung des Verteilungsverzeichnisses nach Rechtskraft der Entscheidung notwendig - | |

| | | |
|-----------|--|--------------------------|
| 7. | Ausschüttung Quoten – Vornahme der Schlussverteilung | <input type="checkbox"/> |
| | <p>Vor tatsächlicher Auszahlung/Überweisung der Quotenzahlungen sollten folgende Punkte geprüft und berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Liegt das Protokoll des Schlusstermins vor? - Wurden Einwendungen erhoben? Rechtskräftiger Beschluss? - Sind Arbeitnehmerforderungen bei der Verteilung zu berücksichtigen? Ggf. Abführung von Lohnsteuer und u. U. SV-Beiträgen notwendig. - Sind Forderungen aus Bauleistungen zu berücksichtigen? Ggf. Bauabzugssteuer abzuführen bzw. Freistellungsbescheinigungen und Freigrenzen zu prüfen. - Muss eine Vorsteuererstattung aus der Quotenzahlung beim Finanzamt beantragt werden? - Liegen alle Bankverbindungen und Geldempfangsvollmachten vor? | |
| 8. | Gläubigerrecherche und Hinterlegung | <input type="checkbox"/> |
| | <p>Werden Quotenzahlungen zurückgebucht, muss der jeweilige Gläubiger ermittelt werden, um die Quote ggf. erneut zu überweisen.</p> <p>Weitere Informationen und eine Arbeitshilfe in: InsA-Heft 1/2024, S. 29 Radschuweit: <i>Wie werde ich das Geld nur los? – Die Hinterlegung von Quotenzahlungen.</i></p> | |
| 9. | Nachweis der Verteilung/Ausschüttungsbericht | |
| | <p>Die erfolgte Ausschüttung ist durch Vorlage einer fortgeführten Rechnungslegung und der Kontobelege gegenüber dem Insolvenzgericht nachzuweisen. Kann eine Verteilung nicht kurzfristig erfolgen, sollte das Insolvenzgericht entsprechend über die Verzögerungen regelmäßig informiert werden.</p> | |

BAKinso Seminare bei AGV

Der Bundesarbeitskreis Insolvenz- und Restrukturierungsgerichte e.V. (BAKinsO) veranstaltet in Kooperation mit AGV Seminare eine eigene Online-Fortbildungsreihe: die **BAKinso-online-Fortbildungsedition**. Zielgruppe sind Insolvenzrichter und Insolvenzrechtspfleger.

Bei Interesse können aber auch Insolvenzverwalter, Sachbearbeiter usw. teilnehmen.

Die BAKinso-Seminare finden mehrfach im Jahr statt und dauern 2 Stunden.

Nächster Termin: **1.4.2024 - Das Wichtigste aus Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur 1/2025 - Der sprechende Newsletter**